

Bau- und Planungsausschuss
Protokoll Nr. BPA/14/2011
Umweltausschuss
Protokoll Nr. UA/10/2011

**über die teilweise gemeinsame (TOP 1 bis 4)
öffentliche Sitzung des Bau- und
Planungsausschusses/Umweltausschusses am 05.10.2011,
Ahrensburg, Rettungszentrum, Am Weinberg 2**

Beginn der gemeinsamen Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der gemeinsamen Sitzung : 20:30 Uhr
Beginn der BPA-Sitzung : 20:31 Uhr
Ende der BPA-Sitzung : 21:42 Uhr

Anwesend

Bau- und Planungsausschuss

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Horst Marzi

ab 19:08 Uhr; TOP 2

i. V. f. StV Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Michael Stukenberg

i. V. f. StV Bellizzi; beratendes
Mitglied

Umweltausschuss

Vorsitz

Herr Dieter Heidenreich

Stadtverordnete

Frau Sabrina Bosse

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann

Herr Horst Marzi

bis 20:30 Uhr; TOP 4

i. V. f. StV Brandt

bis 20:30 Uhr; TOP 4

Bürgerliche Mitglieder

Herr Christian Schmidt
Herr Walter Schneider
Herr Florian Stephani
Herr Michael Stukenberg

bis 20:30 Uhr; TOP 4
bis 20:30 Uhr; TOP 4
bis 20:30 Uhr; TOP 4
beratend

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Jan Klöppelt

Herr Siegfried Lorenz

Kinder- und Jugendbeirat; bis
21:15 Uhr; TOP 11.3
Seniorenbeirat; bis 21:15 Uhr;
TOP 11.3

Sonstige, Gäste

Frau Ulla Gerversmann

Herr Thomas Struckmeier

Bielfeldt & Berg Landschaftspla-
nung
IPP Ingenieurgesellschaft Possel
und Partner GmbH & Co. KG; zu
TOP 4

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Angelika Andres
Herr Hauke Seeger
Frau Maren Uschkurat

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bau- und Planungsausschuss

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi
Herr Rafael Haase
Frau Monja Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Heino Wriggers

Umweltausschuss

Stadtverordnete

Frau Doris Brandt

Bürgerliche Mitglieder

Frau Nina Hildebrandt

Die Beschlussfähigkeit ist bei beiden Ausschüssen gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines Bürgerlichen Mitgliedes durch den Vorsitzenden des Umweltausschusses
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Vorstellung des städtebaulichen Strukturplans - Erlenhof-Süd - **2011/104**
- Beschluss für die Entwicklung des bauleitplanerischen Rechtsplanes aus dem städtebaulichen Strukturplan -
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2011 vom 21.09.2011
6. Teilfortschreibung des Regionalplanes für den Planungsraum I **2011/119**
- Stellungnahme der Stadt Ahrensburg zu Eignungsgebieten für die Windenergienutzung
7. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 **2011/121**
8. Antrag der CDU-Fraktion - B-Plan Nr. 90 - Standort BHKW -
9. Abschluss eines städtebaulichen Vertrages über die Realisierung der städtebaulichen Maßnahmen für das Gebiet Reeshoop **2011/112**
10. Kenntnisnahmen
- 10.1 Radatlas Rund um Hamburg
- 10.2 Radwegeführung im Platzbereich Hagener Allee
- 10.3 Sondernutzung einer Bäckereifiliale auf dem Rondeel
- 10.4 Gigaliner in Ahrensburg
- 10.5 Leitfaden Gewerbeflächenentwicklung Kreis Stormarn
- 10.6 Nutzung des Parkplatzes Klaus-Groth-Straße (Bruno-Bröker-Haus)
11. Verschiedenes
- 11.1 Lärmschutzwände in Ahrensburg
- 11.2 Überdachung der Bahnsteigzugänge beim Tunnel Hagener Allee
- 11.3 P+R-Anlage "Alter Lokschuppen"

**1. Verpflichtung eines Bürgerlichen Mitgliedes durch den Vorsitzenden des Umweltausschusses
Umweltausschuss**

Bau- und Planungsausschuss

Herr Florian Stephani wird als neues Bürgerliches Mitglied des Umweltausschusses begrüßt. Der Vorsitzende verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

**2. Festsetzung der Tagesordnung
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Es besteht Einvernehmen, dass die Sitzung durch Herrn Jörg Hansen als Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses geleitet wird.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion und schlägt vor, diesen als neuen Punkt 8 zu behandeln.

Ferner bezieht sich der Vorsitzende auf die bereits in der Einladung vom 22.09.2011 angekündigte Empfehlung, den Tagesordnungspunkt 11 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Über die Behandlung des Tagesordnungspunktes TOP neu 11 „Vorstellung von Einzelbauvorhaben“ im nicht öffentlichen Sitzungsteil wird auf die zurzeit geltende Hauptsatzung verwiesen. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei TOP 12 abgestimmt. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt mit der gemäß § 46 Abs. 8 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Darüber hinaus gibt es keine Änderungswünsche zu der in der Einladung vorgeschlagenen Tagesordnung. Sodann wird der angepassten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis BPA: Alle dafür

Abstimmungsergebnis UA: Alle dafür

3. **Einwohnerfragestunde** **Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

Herr Kausch bittet den Ausschuss darum, ein Mikrofon zu verwenden, da die Akustik im Sitzungsraum sehr schlecht ist.

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 4 „Vorstellung des städtebaulichen Strukturplans – Erlenhof-Süd –“, und kritisiert, dass die Anregungen der Träger öffentlicher Belange TÖB nicht ausreichend bei der Erstellung des Strukturplanes berücksichtigt wurden. Insbesondere betont er, dass das zu bebauende Gebiet nicht wie gewünscht verringert wurde und weiterhin trotz Kritik eine Brücke über die Aue vorgesehen ist. Hierzu bittet er mitzuteilen, wer die Kosten für diese Brücke übernimmt. Wie die Verwaltung berichtet, ist die Brücke derzeit noch Gegenstand der Vertragsverhandlungen mit dem Investor.

Herr Knoll nimmt Bezug auf die am Freitag, dem 30.09.2011, durchgeführte Probefahrt der geplanten S 4. Er bittet die Verwaltung mitzuteilen, ob bereits untersucht wurde, ob durch die S 4 der Bahnübergang Brauner Hirsch in seiner Funktion als beschränkter Bahnübergang verändert werden soll. Ferner bittet er die Verwaltung mitzuteilen, ob in diesem Zusammenhang bereits eine Positionierung der Stadt zum Standort der Bahnquerung in diesem Abschnitt stattgefunden hat. Daraufhin berichtet die Verwaltung, dass derzeit noch keine Aussage über eine mögliche Standortverlegung der Bahnquerung erfolgen kann. Ebenso wenig kann derzeit eine Aussage getroffen werden, in welcher Form diese Bahnquerung realisiert wird. Die Verwaltung sichert jedoch zu, dass gemeinsam mit der Selbstverwaltung die umweltverträglichste Lösung für diese Bahnquerung gesucht werden soll. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Veränderung des Bahnübergangs Brauner Hirsch nicht nur durch die S 4 ausgelöst werden kann, sondern dass es sich hier um eine künftige europäische Transitstrecke handelt, die sowieso die Umfunktionierung des beschränkten Bahnübergangs zur Folge haben wird. Die Verwaltung sichert zu, die Ausschüsse regelmäßig über den Verfahrensstand zu informieren.

Abschließend weist der Vorsitzende darauf hin, dass es für eine Südumfahrung derzeit keinen Mehrheitsbeschluss gibt und deswegen Standortbetrachtungen der Bahnquerung nicht notwendig seien.

Herr Offen nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 4 und macht hierzu einige Anmerkungen.

In der Anlage zur Vorlage 2011/104 sind Äußerungen aus der frühzeitigen Behördenbeteiligung mitgeteilt worden, leider nicht auch die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Trotzdem bittet er, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen und bei der Entscheidung zu berücksichtigen, denn der Strukturplan, der Gegenstand der Beteiligungen war, weist seines Erachtens so schwerwiegende Mängel auf, dass er nicht Grundlage der weiteren Planung werden darf. Drei Punkte hebt er in seiner persönlichen Analyse besonders hervor:

1. Nicht nur alle Naturschutzverbände, sondern auch der Kreis Stormarn und alle anderen Gebietskörperschaften im Flussgebiet Aue-Hunnau-Ammersbek lehnen den vorgelegten Plan strikt ab, weil er zu starken Schäden im Wasserhaushalt und in der Flora und Fauna des Auetals und der nachfolgenden Gewässer führt.
2. Der Kreis Stormarn hat die gültige Wachstumsprognose des Innenministeriums für Ahrensburg mitgeteilt. Sie beträgt für die Bevölkerung 5,3 % bis 2025 und ist damit deutlich niedriger als die ISEK-Planung mit 7,8 %. Wohnungsneubau auf der grünen Wiese ist damit seines Erachtens nicht mehr zu begründen.
3. Allgemein fällt auf, dass der vorliegende Plan zwar nur 360 Wohnungen aufweist, aber zu einem noch höheren Flächenverbrauch führt, als der vorangegangene Plan mit 472 Wohnungen. Dass es auch anders geht, habe ich bei der Bürgerbeteiligung detailliert gezeigt. Ein derart rabiater Flächenverzehr widerspricht der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und den Zielen, die sich Ahrensburg im ISEK selbst gesetzt hat.

Sofern möglich, werden die Anmerkungen im TOP abgehandelt.

Herr John kritisiert, dass in der Moltkeallee zugesichert wurde, dass fünfmal im Jahr der Rasen der Grünflächen gemäht werden soll, tatsächlich jedoch nur einmal gemäht wurde. Er bittet die Verwaltung mitzuteilen, weshalb die Mähung des Rasens nicht - wie versprochen – fünfmal erfolgt ist. Ferner bittet er darum mitzuteilen, wie die Kommunikation zwischen der Stadt und den Stadtbetrieben läuft, um eine ordnungsgemäße Durchführung solcher Maßnahmen zu gewährleisten.

Anmerkung der Verwaltung:

Für Rasenflächen der Zone II - III, wie die in der Moltkeallee wurden im Leistungsverzeichnis für die Pflegearbeiten des Bauhofes tatsächlich fünf Pflegegänge angesetzt. Die Häufigkeit der Pflegegänge variiert in der Praxis aber je nach Standort, Witterungsverlauf und vor allem den Personalkapazitäten. Die angesetzten fünf Stück Pflegegänge für die Zone II - III werden zurzeit nicht erreicht. Die Abrechnung erfolgt über die tatsächlich durchgeführten Pflegegänge.

Sofern grobe Pflegemängel festgestellt werden, fordert die Verwaltung die Bauhofleitung zur Abhilfe auf. In dringenden Fällen werden Termine gesetzt. Ansonsten hat der Bauhof in Eigenverantwortung die Arbeiten nach und nach zu erledigen.

Herr John bittet weiterhin, dass die Verwaltung mitteilt, wie häufig eine Baumkontrolle im Stadtgebiet Ahrensburg durchgeführt wird. Hierzu weist er darauf hin, dass ein Baum in der Moltkeallee bereits seit einem langen Zeitraum nicht ordnungsgemäß gepflegt wurde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Bäume werden je nach Alter und Standort im jährlichen oder halbjährlichen Kontrollintervall fortlaufend kontrolliert und die notwendigen Maßnahmen zur Pflege i. d. R. durch den Bauhof und z. T. externe Baumpflegebetriebe umgesetzt. In der Moltkeallee werden die Bäume zweimal jährlich – einerseits im belaubten und andererseits im unbelaubten Zustand – kontrolliert. Wenn Hinweise für zu veranlassende Maßnahmen mitgeteilt werden sollen, ist hierfür eine genaue Standortbeschreibung (z. B. Hausnummer) erforderlich.

Die Verwaltung wird gebeten mitzuteilen, weshalb immer noch vermehrt Hecken auf die Bürgersteige ragen.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei Hecken und sonstigem Grün, das in den öffentlichen Straßenraum hineinragt, handelt es sich um eine nicht genehmigte Sondernutzung im Sinne des §21 Straßen- und Wegegesetz Schleswig-Holstein.

Im Rahmen der Straßenkontrolle wird von einem Mitarbeiter der Stadtbetriebe u. a. auch auf den Heckenrückschnitt geachtet. Bei zu stark in den öffentlichen Raum ragenden Hecken oder Büschen wird dies per Foto dokumentiert, gleichzeitig werden die Eigentümerinnen und Eigentümer per Wurfzettel zum Rückschnitt bis an die Grundstücksgrenze aufgefordert. Die Kontrolle umfasst weiterhin eingewachsene Verkehrszeichen oder Straßenlampen.

Eine Nachkontrolle wird innerhalb von max. 14 Tagen durchgeführt. Die Eigentümerinnen und Eigentümer werden dann von der Bauverwaltung mit Fristsetzung zum Rückschnitt aufgefordert, erforderlichenfalls stehen auch Zwangsmittel zur Verfügung.

Ob und wie die Stadt gegen eventuelle Verstöße vorgeht, liegt im Ermessen der Stadt. Hierbei werden die rechtlichen Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Erforderlichkeit und der Angemessenheit berücksichtigt.

Die Stadt ist bestrebt, die Straßen trotz der Vielzahl an Sondernutzungen in einem für die Allgemeinheit nutzbaren Zustand zu halten.

Abschließend bittet Herr John darum, dass ihm mitgeteilt wird, ob die Schneeräumung in diesem Winter besser durchgeführt wird als in den vergangenen zwei Jahren.

Anmerkung der Verwaltung:

Vonseiten der Stadt kann eine Aussage über einen schlechten Räumdienst in der Saison 2010/2011 nicht unterstützt werden.

Aufgrund des sehr langen und mit viel Schneefall einhergehenden Winters konnte der Winterdienst nicht so präzise wie in den letzten Jahren durchgeführt werden.

Alle Bauhofmitarbeiter sind nach einem vorher bekannten Winterdienstleistungsplan in die Schneeräumung eingebunden. Die Rufbereitschaft wechselt wöchentlich, wobei dann jeweils die Hälfte aller Mitarbeiter dienstbereit ist. Die Kontrolle erfolgt durch einen Mitarbeiter um 3 Uhr morgens, der dann entscheidet, ob und ggf. in welchem Umfang Mitarbeiter je nach Wetterlage eingesetzt werden.

Das Ahrensburger Stadtgebiet ist in 2 Streugebiete aufgeteilt. Zum einen das A-Gebiet (hierbei handelt es sich um Hauptstraßen und Buslinien), in denen auch unter Einsatz von Auftaumitteln gestreut wird und das B-Gebiet (Nebenstraßen), das lediglich mit abstumpfenden Streugut versehen wird. Darüber hinaus werden in so genannten „Handkolonnen“ Bushaltestellen und kleine Flächen von Schnee befreit und abgestreut. Diese Arbeiten sind per „Maschinenkraft“ nicht möglich.

Oftmals stellen am Fahrbahnrand geparkte Fahrzeuge eine zusätzliche Behinderung dar. Dafür wurde in der vergangenen Saison von den Stadtbetrieben extra ein schmaleres Schneeschild beschafft.

Leider ist auch häufig zu beobachten, dass die Anliegerinnen und Anlieger den Schnee vom Rad- und Gehweg einfach auf die Fahrbahn schieben. Dieses sorgt dann für eine zusätzliche Schneemenge auf der Fahrbahn.

Abzuwarten bleibt auch, wie stark der Winter in der kommenden Saison ausfällt.

Herr Elmers nimmt Bezug auf den dritten Teil des Masterplans Verkehr, der den Busverkehr beinhaltet und bittet die Verwaltung mitzuteilen, ob die Maßnahme, die eine Verbindung des Postweges mit dem Bahnhof Gartenholz vorsieht, im Haushalt eingeplant ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Idee der Verbindung wurde bereits von der Verwaltung diskutiert, ist jedoch zum derzeitigen Zeitpunkt in der näheren Haushaltsplanung nicht weiter berücksichtigt.

Herr Schneider von der Interessengemeinschaft Ahrensfelde nimmt Bezug auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.09.2011 und bittet darum mitzuteilen, ob dem Ausschuss bereits die Anregung zur Südumfahrung Ahrensfelde vorliegt. Hierzu berichtet der Vorsitzende, dass die Anregung der Aufnahme einer Neubewertung der Südumgehung Ahrensburg im Masterplan Verkehr erst am 26.09. von der Stadtverordnetenversammlung an den Bau- und Planungsausschuss verwiesen wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die Tagesordnung für die heutige Sitzung bereits festgesetzt. Der Vorsitzende sichert zu, dass dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Planungsausschusses behandelt werden soll.

Herr Schatte nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 9 und bittet darum mitzuteilen, ob durch diesen Vertrag auch Geschossflächen oder ähnliches geregelt wird. Diese Frage wird von der Verwaltung im Rahmen des Tagesordnungspunktes beantwortet.

4. **Vorstellung des städtebaulichen Strukturplans - Erlenhof-Süd -
- Beschluss für die Entwicklung des bauleitplanerischen Rechtsplanes aus dem städtebaulichen Strukturplan -
Bau- und Planungsausschuss/Umweltausschuss**

2011/104

Bevor Herr Struckmeier den Ausschüssen noch einmal die wesentlichen Aspekte des Strukturplans zum Bebauungsplan Nr. 92 vorstellt, berichtet die Verwaltung, dass eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit am 23.03.2011 stattgefunden hat und die Ergebnisse dem Ausschuss als **Anlage** zu TOP 5.6 in der BPA-Sitzung vom 06.07.2011 mitgeteilt wurden.

Einigkeit im Ausschuss besteht schnell darüber, dass über die Vorlage in der heutigen Sitzung nicht abgestimmt werden soll. Ein Ausschussmitglied berichtet, dass es in seiner Fraktion Überlegungen gibt, einen Antrag zu stellen, der vorsieht, dass der Strukturplan überarbeitet werden soll, insbesondere weil die Erschließungskosten durch die Verringerung der Wohneinheiten prozentual für die Eigentümer gestiegen sind, da die Erschließung nicht an die verringerte Anzahl an Wohneinheiten angepasst wurde und viel zu viele Grünflächen im Plan vorhanden sind, die der Stadt erhebliche Kosten verursachen. So wird vorgeschlagen, dass man darüber nachdenken sollte, eine Teilfläche herauszunehmen und diese als einfache Grünfläche mit wenig Unterhaltungsbedarf auszuweisen.

Auch wird hinterfragt, ob die Auequerung überhaupt notwendig ist für die Realisierung des Gebiets mit nur 1.000 Einwohnern. Die Verwaltung wird gebeten mitzuteilen, wer für die Pflege der Grünflächen verantwortlich ist. Die Stadt Ahrensburg oder der jetzige Eigentümer. Da die Flächen im Eigentum der Stadt stehen, wird diese auch für die Unterhaltungskosten aufkommen.

Der Vorschlag, eine Teilfläche aus dem Bebauungsplan für die Bebauung herauszunehmen und für nachfolgende Generation zu bewahren, findet bei einigen Ausschussmitgliedern grundsätzlich Zustimmung, jedoch wird vorgeschlagen, gegebenenfalls auf eine andere Fläche als die vorgeschlagene Fläche direkt an der sogenannten Obstwiese auszuweichen. Die Verwaltung wird gebeten, die Kostenfrage (Erschließung, Unterhaltung) für den Bebauungsplan zu klären und im Rahmen der Möglichkeiten eine Kostenreduzierung vorzunehmen.

Hinsichtlich der Kritik, dass die Äußerungen der TÖB nach § 4 (2) BauGB gleich in den Strukturplan hätten eingearbeitet werden müssen, wird angemerkt, dass die Einarbeitung der Aspekte der TÖB im Rahmen der Erstellung des Bebauungsplans vorgesehen ist.

Nachdem weitere Anmerkungen zum Strukturplan eingeworfen wurden, weist ein Ausschussmitglied darauf hin, dass es einen Mehrheitsbeschluss für die Drittelung der Bauform in den Bauabschnitten gegeben hat und man diesen nicht mehr in Frage stellen sollte. Gegebenenfalls sollte man überlegen, Mindestgrundstücksgrößen vorzugeben, damit die Stadt weniger Grünflächen zu unterhalten hat.

Bevor man übereinkommt, den Tagesordnungspunkt für heute zu beenden, wird die Verwaltung gebeten, gegebenenfalls – sofern möglich – die seitens der Politik vorgebrachten Anregungen zu erarbeiten.

Ende der gemeinsamen Sitzung mit dem Umweltausschuss

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender BPA

gez. Dieter Heidenreich
Vorsitzender UA

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin

**5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2011 vom
21.09.2011
Bau- und Planungsausschuss**

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. **Teilfortschreibung des Regionalplanes für den Planungsraum I** 2011/119
- Stellungnahme der Stadt Ahrensburg zu Eignungsgebieten für die Windenergienutzung
Bau- und Planungsausschuss

Die Verwaltung stellt anhand einer kurzen Präsentation die von der Verwaltung vorgeschlagene Stellungnahme der Stadt Ahrensburg zu Eignungsgebieten für die Windenergienutzung vor. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass für das Gebiet Ahrensburg genauso wie im Jahr 1998 keine Eignungsflächen für die Windenergienutzung vorhanden sind. Die nächstgelegenen Eignungsflächen befinden sich ca. 13 km von der Stadt Ahrensburg entfernt, östlich der A 1 auf Höhe der Gemeinde Steinburg.

Die Verwaltung schlägt vor, keine Einwände und Bedenken gegen die Teilfortschreibung des Regionalplanes im Planungsraum 1 vorzubringen, da nicht nur keine geeigneten Flächen vorgesehen sind, sondern auch kein Erfordernis für die Errichtung von Windenergieanlagen auf Ahrensburger Stadtgebiet gesehen wird.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Die Verwaltung wird nun die Stellungnahme der Stadt versenden.

**7. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012
Bau- und Planungsausschuss**

2011/121

Auf Wunsch der Politik wird die Verwaltung am 26.10.2011 um 19:00 Uhr in Raum 601 ein Gespräch über den Haushalt 2012 anbieten. Einigkeit besteht, dass von jeder Fraktion ein Mitglied an der Veranstaltung teilnimmt und die gesammelten Fragen der Fraktion stellen kann. Darauf hingewiesen wird, dass in dem Gespräch lediglich Fragen zum Haushalt des Bau- und Planungsausschusses beantwortet werden. Es wird keine inhaltliche Debatte über die einzelnen Haushaltsansätze geben.

Bevor der Tagesordnungspunkt vertagt wird, berichtet Herr Sarach, dass der Haushalt ein erster Schritt seinerseits zur Haushaltskonsolidierung darstellt und der Haushaltsvorschlag als ernsthafte Diskussionsgrundlage von der Selbstverwaltung angenommen werden sollte. Er bittet ferner die Selbstverwaltung darum, auch wenn der Druck von außen für bestimmte Projekte groß werden wird, stark zu bleiben, um das Ziel Haushaltskonsolidierung nicht aus dem Auge zu verlieren.

8. Antrag der CDU-Fraktion - B-Plan Nr. 90 - Standort BHKW - Bau- und Planungsausschuss

Ein Ausschussmitglied erläutert kurz die Gründe für den Antrag der CDU-Fraktion, mögliche Alternativstandorte für die Errichtung eines BHKW im Gebiet Reeshoop aufzeigen zu lassen. Durch die in direkter Nachbarschaft liegenden achtgeschossigen Hochhäuser hat der TÜV eine Schornsteinhöhe von 26 m für das vorgesehene BHKW festgesetzt. Die CDU beabsichtigt mit ihrem Antrag, dass die Verwaltung bzw. der Investor Alternativstandorte für das BHKW sucht, an denen gegebenenfalls niedrigere Schornsteine gebaut werden können.

Die Verwaltung schlägt vor, dass im Rahmen des Bauleitplanverfahrens alternative Standorte geprüft werden sollen und diese dem Ausschuss vorgestellt werden. Ein Ausschussmitglied bittet, dass der Fachgutachter gegebenenfalls im Ausschuss vortragen könnte. Was die Verwaltung zusagt.

Von der CDU-Fraktion ist die Prüfung des BHKW-Standortes nicht im Rahmen des Bauleitplanverfahrens gewünscht.

Ein Ausschussmitglied regt abschließend an, dass Vergleichszahlen aus dem Ahrensburger Redder herangezogen werden könnten. Hierzu wird jedoch zu bedenken gegeben, dass dies kein vergleichbares Gebiet ist, die Verwaltung jedoch bemüht ist, Vergleichswerte aufzuzeigen.

Da der Zweck des Antrags durch die Prüfung des Standortes im Bauleitplanverfahren erst einmal gegenstandslos geworden ist, kommt man überein, dass der Antrag vorerst zurückgenommen wird und gegebenenfalls, sofern die Abarbeitung durch die Verwaltung nicht ausreichend erfolgen sollte, wieder besprochen und gegebenenfalls darüber abgestimmt werden könnte.

**9. Abschluss eines städtebaulichen Vertrages über die Realisierung der städtebaulichen Maßnahmen für das Gebiet Reeshoop
Bau- und Planungsausschuss**

2011/112

Einleitend nimmt die Verwaltung Bezug auf die Einwohnerfrage des Herrn Schatte. Hierzu stellt sie klar, dass der Vertrag lediglich der Ergänzung der im B-Plan geregelten Festlegungen hinsichtlich der Einräumung von Rechten gegenüber der Allgemeinheit dient. Insbesondere sind hier geregelt die Geh-, Fahr- und Leitungsrechte für die Wegeverbindungen im B-Plangebiet sowie die Rechte und Pflichten für den zentralen Spielplatz und den Jugendtreff sowie die dazugehörigen Unterhaltungspflichten.

Auf Nachfrage wird berichtet, dass die Umsetzung der von der Stadt zu erstellenden Anlagen erst im Laufe des Verfahrens erfolgen soll und die Verwaltung rechtzeitig Mittel im Haushalt hierfür anmelden wird. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass der Graue Esel derzeit eine etwas andere Wegeführung hat.

Abschließend wird über die Vorlage abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Sobald der endgültige Stand des B-Plans vorliegt, wird der Vertrag - wie soeben beschlossen - zwischen dem Investor und der Stadt geschlossen.

10. Kenntnisnahmen

10.1 Radatlas Rund um Hamburg Bau- und Planungsausschuss

Die Verwaltung berichtet, dass der Verlag Esterbauer einen Radatlas Rund um Hamburg - Die schönsten Radtouren rund um die Hansestadt – herausgegeben hat. Auch die Stadt Ahrensburg ist in diesem Radatlas enthalten. Ein Exemplar liegt bei der Bauverwaltung. Das Radtourenbuch kann jedoch bei Interesse auch im Buchhandel erworben werden.

10.2 Radwegeführung im Platzbereich Hagener Allee Bau- und Planungsausschuss

Es wird Bezug genommen auf die Anfrage eines Ausschussmitgliedes in der BPA-Sitzung vom 07.09.2011, TOP 12.2 zur Radwegeführung im Platzbereich Hagener Allee (Nord). Die Beschlussvorlage Nr. 2008/092 sowie die Beschlussfassung des Bau- und Planungsausschusses in der Sitzung vom 18.06.2008 werden am 27.10.2011 in der AG Rad vorgelegt und besprochen. In diesem Zusammenhang wird außerdem die in der BPA-Sitzung am 15.06.2011 bekannt gegebenen Unterschriftenliste zur Abrundung der Gestaltung der Hagener Allee besprochen. Das Ergebnis wird in einer der nächsten BPA-Sitzungen vorgestellt.

10.3 Sondernutzung einer Bäckereifiliale auf dem Rondeel Bau- und Planungsausschuss

Es wird Bezug genommen auf den Bericht im BPA vom 21.09.2011, TOP 9.4, zur Gestaltung der Sondernutzungsfläche einer Bäckereifiliale auf dem Rondeel.

Aufgrund der Erweiterung durch Aufstellung von zusätzlichen Bänken in Rattan-Optik hat am 28.09.2011 ein Ortstermin mit der zuständigen Architektin der Bäckereifiliale und der Unterzeichnerin stattgefunden.

Es wurde festgelegt, dass lediglich Stühle, Tische und Bänke unterhalb der Sonnenschirmfläche aufgestellt werden dürfen. Das Gestühl, das die Fahr-gasse zum Muschelläufer hin einengt, ist sofort einzurücken. Die zuviel aufgestellten Bänke sind unverzüglich aus dem Straßenraum zu entfernen. Darüber hinaus sollten zusätzliche Elemente abtransportiert werden, um die Abgrenzung „lockerer“ zu gestalten und abschnittsweise zu öffnen.

Die Bäckerei wird vor Genehmigungserteilung im nächsten Jahr einen Möblierungsplan einreichen, der dem BPA rechtzeitig vorher zur Kenntnis gegeben wird.

10.4 Gigaliner in Ahrensburg Bau- und Planungsausschuss

Herr Dr. Fischer nahm in der BPA-Sitzung am 21.09.2011 Bezug auf einen Artikel im Hamburger Abendblatt am 06.09.2011, in dem unter der Überschrift „Kriegt der Gigaliner noch die Kurve?“ darauf hingewiesen wird, dass der Einsatz von Riesen-Lkw wahrscheinlich ermöglicht wird. Danach will Schleswig-Holstein etwa 20 Strecken für Gigaliner freigeben, darunter alle Autobahnen bis Hamburg, zahlreiche Bundesstraßen und einige Landesstraßen. Er fragte an, ob nach den Kenntnissen der Stadtverwaltung auch Straßen im Ahrensburger Stadtgebiet hiervon betroffen sind und regt an, dass sich die Stadt Ahrensburg bereits vorab gegen die Zulassung der Gigaliner auf Ahrensburger Hoheitsgebiet ausspricht.

Wie die Verwaltung hierzu berichtet, ist in dem Verfahren des Landes Schleswig-Holstein die Stadt Ahrensburg weder unter dem Aspekt der Verkehrsaufsicht (FD II.3) noch als Straßenbaulastträger (FD IV.3) beteiligt worden.

Wie der Presse zu entnehmen war, hat das Verkehrsministerium in Kiel inzwischen grünes Licht für den umstrittenen Feldversuch mit Riesenlastwagen in Schleswig-Holstein gegeben und eine Liste der Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen an das Bundesverkehrsministerium übersandt, die als Teststrecken für die bis zu 25,25 Meter langen und 44 Tonnen schweren Fahrzeuge freigegeben werden. In Stormarn sollen die Gigaliner die A 1, die A 21 die B 404 sowie die B 75 von der Anschlussstelle Bad Oldesloe-Süd bis zum Gewerbegebiet West nutzen dürfen. Ahrensburg wäre also bei dem fünfjährigen Versuch nur betroffen über das kurze Stück der BAB A 1.

10.5 Leitfaden Gewerbeflächenentwicklung Kreis Stormarn Bau- und Planungsausschuss

Dem Protokoll wird ein Schreiben des Kreises Stormarn beigelegt, der den Leitfaden Gewerbeflächenentwicklung Kreis Stormarn 2025 zum Gegenstand hat. In der Druckfassung wird lediglich das Anschreiben des Kreises beigelegt. Der Leitfaden wird jedoch digital als **Anlage** zum Protokoll zur Verfügung gestellt.

10.6 Nutzung des Parkplatzes Klaus-Groth-Straße (Bruno- Bröker-Haus) Bau- und Planungsausschuss

In der Vergangenheit zählte der Parkplatz am BBH zu den stark frequentierten Parkplätzen in der Innenstadt. Überaus beliebt von Bürgerinnen und Bürger aus dem Umland, die in der Innenstadt arbeiten, Tätigkeiten im Bruno-Bröker-Haus wahrnehmen oder andere Aktivitäten in der Stadt erledigen wollten.

Auf Grundlage des in den Sitzungen des Bau- und Planungsschusses vom 01.12.2010, 26.01.2011 und der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2010 gefassten Beschlusses, den Parkplatz in der Klaus-Groth-Straße mit in die Parkraumbewirtschaftung einzubeziehen, wurde dort am 02.09.2011 ein neuer Parkscheinautomat in Betrieb genommen.

Mit diesem Tag ist die Parkresonanz am BBH schlagartig zurück gegangen. Täglich werden dort durchschnittlich maximal sieben Parktickets gelöst. Auch augenscheinlich lässt sich feststellen, dass dort so gut wie nie mehr als vier Autos zeitgleich parken.

Die Bügerrinnen und Bürger, welche aus dem Umland kommen und in der Stadt arbeiten, weichen auf den noch kostenfreien Parkplatz auf der Alten Reitbahn aus, da dieser die Grundvoraussetzung bietet, das Fahrzeug den gesamten Tag abzustellen.

Für Bürgerinnen und Bürger, welche in der Stadt anderen Aktivitäten nachgehen möchten, bietet sich als zentrale Parkmöglichkeit mit gleichwertigem Kostenfaktor der Rathausplatz an.

Mit Blick auf die bevorstehende Parkraumbewirtschaftung, welche den Parkplatz Alte Reitbahn integriert, sei anzunehmen, dass auch zukünftig keine stärkere Frequentierung des Parkplatzes Klaus-Groth-Straße zu erwarten ist.

11. Verschiedenes

11.1 Lärmschutzwände in Ahrensburg Bau- und Planungsausschuss

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf den Artikel vom 23.09.2011 der Stormarna Ausgabe des Hamburger Abendblatts. Insbesondere auf die Aussage, dass trotz schalltechnischer Berechnungen für die nördliche Seite der Bahntrasse von der Stadtverwaltung Ahrensburg keine Schallschutzwände gewünscht sind. Die Verwaltung wird gebeten, hierzu Stellung zu nehmen.

Unter anderem in der Sitzung des Umweltausschusses vom 08.06.2011 wurde die Errichtung einer Lärmschutzwand am Gleis Hamburg-Lübeck in Höhe des Wohnquartiers Fannyhöh/Schillerallee behandelt. Die Verwaltung macht hierzu deutlich, dass es sich um eine Maßnahme der Deutschen Bahn handelt und die Stadt keinerlei handhabe hat, die Deutsche Bahn zu verpflichten, auch auf der nördlichen Seite eine Schallschutzwand zu errichten. Richtig ist jedoch, dass von städtischer Seite der Deutschen Bahn gegenüber wiederholt betont wurde, dass der Ausbau von aktiven Schallschutzmaßnahmen in Form von hohen Schallschutzwänden mit großer Sensibilität betrachtet werden muss. Eine Ablehnung aufgrund der möglichen S-Bahnlinie 4 hat es seitens der Verwaltung nicht gegeben.

11.2 Überdachung der Bahnsteigzugänge beim Tunnel Hager Allee

Bau- und Planungsausschuss

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 9.2 der BPA-Sitzung vom 21.09.2011, in dem über die Montage der Dächer über den Zugängen zu den Bahnsteigen von der Hager Allee/Ladestraße und der Bahnhofstraße berichtet wurde. In diesem Zusammenhang macht es darauf aufmerksam, dass dies bereits seit einiger Zeit ein Thema im Bauausschuss war und nun endlich umgesetzt wurde, was seiner Meinung nach zeigt, dass man nur etwas Geduld bei der Umsetzung von Maßnahmen haben muss.

11.3 P+R-Anlage "Alter Lokschuppen"

Bau- und Planungsausschuss

Ein Ausschussmitglied weist auf die seit längerem bestehenden Baumängel an der P+R-Anlage Alter Lokschuppen hin, die sowohl die Betondecke als auch deren Bewehrung betreffen. Die Baumängel haben sich nach Auffassung des Ausschussmitgliedes bereits um das dreifache vergrößert, wodurch die Anforderungen an das Gebäude in diesem Bereich nicht mehr erfüllt sein dürften.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung ist bereits mit einem Gutachter dabei, einen Sanierungsvorschlag zu erarbeiten, der im kommenden Jahr in eine Ausschreibung münden soll. Die Stadt ist bestrebt, alle maroden Belange (Beleuchtung, Beton, Mauerwerk, Bodenbeläge und Entwässerung) im folgenden Jahr zu sanieren. Hierfür sind bereits im Haushalt 500.000 € angemeldet. Die Verwaltung weist darauf hin, dass das Bewehrungsseisen nicht einfach mit Beton oder Harz notdürftig saniert werden kann. Der Beton ist durch das Tausalz andere Stoffe eventuell geschädigt, weshalb ein Labor beauftragt wurde, den Grad der Schädigung zu ermitteln, um diese in das Sanierungsverfahren einzuarbeiten.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin